

Protokoll der Gemeindeversammlung vom Dienstag, 24. Juni 2008, um 20.30 Uhr im Gemein- desaal

Traktanden

1. Wahl der Stimmzähler/Stimmzählerinnen
2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Januar 2008
3. Genehmigung der Ressortverteilung im Gemeinderat
4. Genehmigung der Rechnung 2007
5. Sozialregion Dorneck:
Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags mit den Gemeinden des Dorneck
Genehmigung der Teiländerung Gemeindeordnung
6. Genehmigung der Teiländerung der Gemeindeordnung: VII Zusammenarbeit der Gemeinden
7. Bericht über den Stand des dringlich und erheblich erklärten Postulats vom 21.6.2007
8. Verschiedenes

Gemeindepräsident Eichenberger begrüsst die Anwesenden und bittet die Nichtstimmberechtigten auf separate Plätze.

Er teilt mit, dass sich GR Gujer von der Teilnahme an der Gemeindeversammlung entschuldigt hat.

1. Wahl der StimmzählerInnen

././ Auf Vorschlag von GP Eichenberger wird Herr Erwin Meier mit grossem Mehr ohne Gegenstimme als Stimmzähler gewählt.

Es sind 28 Stimmberechtigte anwesend.

2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Januar 2008

Das Protokoll lag auf der Kanzlei zur Einsichtnahme auf. Der Gemeindeschreiber verliest die Anträge und Beschlüsse.

././ Das Protokoll wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

3. Genehmigung der Ressortverteilung im Gemeinderat

Gemäss § 26 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist die von den Gemeinderäten vorgesehene Sachgebietsaufteilung der Gemeindeversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

Mit dem Amtsantritt von U. Gujer hat der Gemeinderat die Zuständigkeiten klarer geregelt. Neu schlägt der Gemeinderat folgende Ressortverteilung vor:

Gemeindepräsident

Max Eichenberger Gemeindeverwaltung, Gemeindeangestellte, Planung, Information

Vizepräsident Beat Staub	Finanzwesen, EDV
Herbert Brandt	Wasser, Abwasser, Öffentliche Sicherheit (Feuerwehr, Militär, Zivilschutz), Öffentlicher Verkehr
Ulrich Gujer	Schulen (Kindergarten, Primarschule, Oberstufenzentrum, Musikschule) neu
Stephan Hasler	Bauwesen, Kommunale Bauprojekte (inkl. Strassenneubauprojekte und Gesamtsanierungen) neu Gemeindeliegenschaften, Sicherheit (Gebäude, Anlagen, Abläufe) neu
Irene Meier	Soziales, Gesundheit, Kultur, Asylwesen, Alters- und Jugendarbeit neu , Sport
Hans Rudolf Schaad	Umwelt, Landwirtschaft, Abfallwesen, Strassenunterhalt, Werkdienst neu

Antrag

Der Gemeinderat beantragt, die neue Ressortverteilung zu genehmigen.

Keine Wortmeldungen zum Geschäft.

- //. Die Gemeindeversammlung genehmigt die neue Ressortverteilung im Gemeinderat mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

4. Genehmigung der Rechnung 2007

Die **Investitionsrechnung** schliesst in der Einwohnerkasse mit Nettoinvestitionen von CHF 277'861.25 (Vorjahr 788'000), in der Wasserkasse mit Nettoinvestitionen von CHF 131'573.55 und in der Abwasserkasse mit CHF 30'086.25 ab.

Das Budget 2007 sah im Hinblick auf die geplante Grossinvestition Turnhalle moderate Investitionen vor. Trotzdem wurden einige Projekte verwirklicht. Dazu gehört der definitive Einkauf in den Zweckverband Schürfeld, welche mit CHF 109'000 zu Buche schlug. Ferner wurden die Planungsarbeiten Turnhalle durch die Spezialkommission zu Ende gebracht (CHF 34'583.60). Die grösste Investition betraf im abgelaufenen Jahr die Anschaffung des neuen Kommunalfahrzeuges, welches unseren Gemeindeangestellten bessere und effizientere Unterhaltsarbeiten ermöglichen soll (CHF 132'684.65). Diverse Investitionen im Bereich Wasserversorgung (CHF 113'438.25, CHF 18'835.80 und CHF 15'000), sowie Abwasserversorgung (CHF 45'786.75) sollen für einen permanent hohen Qualitätsstandard in unserem Versorgungsnetz beitragen.

Die **Laufende Rechnung** schliesst mit einem unerwarteten Ertragsüberschuss von CHF 41'063.48 ab. Der Voranschlag 2007 basierte auf der Annahme eines Aufwandüberschusses von CHF 278'800. Vergleicht man die Rechnung 2007 mit dem Voranschlag 2007, so ist zu erkennen, dass sich in der Laufenden Rechnung bei den meisten Posten positive Beiträge ergaben. Dabei kann nicht von unpräziser Budgetierung gesprochen werden, sondern von nicht vorhersehbaren Überraschungen, insbesondere in den Bereichen Allgemeine Verwaltung, Bildung, Soziale Wohlfahrt, Verkehr und den Gemeindesteuern. Ebenfalls dazu beigetragen hat die permanent gelebte Budgetdisziplin in allen Bereichen der Gemeinde.

Gesamthaft ist das Rechnungsergebnis um knapp CHF 320'000 besser als erwartet.

Die gerundeten Abweichungen bei den Nettobeträgen (Aufwand/Ertrag) sehen gegenüber dem Voranschlag 2007 wie folgt aus (- = Minderaufwand, + = Mehraufwand oder Mehrertrag gegenüber Budget):

0 Allgemeine Verwaltung	- CHF	48'000
-------------------------	-------	--------

1 Öffentliche Sicherheit	- CHF	13'000
2 Bildung	- CHF	68'000
3 Kultur, Freizeit	CHF	0
4 Gesundheit	+ CHF	7'000
5 Soziale Wohlfahrt	- CHF	44'000
6 Verkehr	- CHF	57'000
7 Umwelt, Raumordnung	- CHF	17'000
8 Volkswirtschaft	- CHF	1'000
9 Finanzen mit Steuern, Kapitaldienst, Liegenschaften	+ CHF	106'000

Kurzerklärungen im Detail

Allgemeine Verwaltung

Die tieferen Ausgaben im Bereich Allgemeine Verwaltung resultieren aus einer Vielzahl von tieferen als budgetierten Beträgen.

Öffentliche Sicherheit

Insgesamt tiefere Ausgaben als budgetiert.

Bildung

Tiefere Ausgaben für den progymnasialen Unterricht und die MUSOL.

Kultur und Freizeit

Keine wesentlichen Veränderungen trotz nicht im Budget vorgesehen Beiträgen an den Unterhalt Kirchturmuhre und Kirchturmsanierung.

Gesundheit

Hier resultierte ein Mehraufwand wegen den höheren Ausgaben für die Spitex.

Soziale Wohlfahrt

Erfreulicherweise tiefere Ausgaben.

Verkehr

Minderaufwand entstand primär durch eine Vielzahl tieferer Ausgaben als budgetiert.

Umwelt und Raumordnung

Die **Wasserkasse** weist nach Vornahme der Abschreibung von CHF 42'316.40 einen Aufwandüberschuss von CHF 8'900.55 auf. Der Fehlbetrag wird zu Lasten des Eigenkapitals der Spezialfinanzierung Wasserversorgung verbucht. Der neue Saldo des Eigenkapitals beträgt noch CHF 191'281.42 (Bestandesrechnung, Konto Nr. 2280.01).

Die **Abwasserkasse** schliesst nach Entnahme der Einlagen aus SF Werterhalt Abwasseranlagen mit einem Aufwandüberschuss von CHF 31'046.90. Der neue Saldo des Eigenkapitals beträgt CHF 42'104.55 (Bestandesrechnung, Konto Nr. 2280.04).

Die **Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung** schliesst mit einem Aufwandüberschuss von CHF 9'942.57 ab. Der neue Saldo des Eigenkapitals beträgt CHF 9'371.79 (Bestandesrechnung, Konto Nr. 2280.03)

Steuern, Finanzen

Der Steuerertrag natürlicher Personen lag praktisch im Rahmen der Budgetzahl (+ CHF 42'000). Höhere Quellensteuern und Grundstückgewinnsteuern runden das positive Gesamtergebnis ab. Der Kapitaldienst (z.B. Zinsen auf Darlehen und dergleichen) verursachte uns einen Mehraufwand von ungefähr CHF 20'000.

Auflösung von Vorfinanzierungen

Es wurden folgende Vorfinanzierungen aufgelöst:

Abschreibung infolge Auflösung Vorfinanzierung Konto 990/332.00 (Spezialkommission Überarbeitung Projekt Turnhalle)	CHF	34'583.60
Abschreibung infolge Auflösung Vorfinanzierung Konto 990/332.03 (Einkauf Zweckverband Schürfeld)	CHF	109'000.00
Total Auflösung von Vorfinanzierungen	CHF	143'583.60

Abschreibungen auf dem abschreibbaren Verwaltungsvermögen

Ordentliche Abschreibungen	CHF	31'821.50
----------------------------	-----	-----------

Total Ertragsüberschuss der Rechnung 2007

CHF 41'063.48

Verwendung des Ertragsüberschuss

Der Gemeinderat beantragt übereinstimmend mit den Empfehlungen der Finanzkommission, den Ertragsüberschuss 2007 dem Eigenkapital zuzuweisen. Die Einlage in das Eigenkapital wird empfohlen, um die zu erwartenden Aufwandüberschüsse, die aufgrund höherer Fremdkapitalzinsen und Abschreibungen im Hinblick auf das beschlossene Projekt Turnhalle anfallen, teilweise über das Eigenkapital aufzufangen und damit den Steuerfuss wenn möglich stabil halten zu können.

Bericht der Rechnungsprüfungskommission

Die Rechnungsprüfungskommission hat die vorliegende Gemeinderechnung geprüft und beantragt der Gemeindeversammlung, diese zu genehmigen (Bericht vom 28. Mai 2008).

Anträge

Der Gemeinderat stellt Ihnen folgende Anträge zur Genehmigung:

1. die Auflösung von Vorfinanzierungen in der Höhe von CHF 143'583.60
2. die Einlage des Ertragsüberschusses der Laufenden Rechnung von CHF 41'063.48 ins Eigenkapital zu verbuchen
3. die Genehmigung der vorliegenden Rechnung 2007.

//. Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

Keine Wortmeldungen zum Geschäft.

Beschlüsse

- //. 1. Die Gemeindeversammlung genehmigt die Auflösung von Vorfinanzierungen in der Höhe von CHF 143'583.60 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.
- //. 2. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme, den Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von CHF 41'063.48 dem Eigenkapital zuzuweisen.

Auf Anfrage teilt Herr E. Meier, Präs. der RPK mit, dass die Rechnung 2007 gemäss den Vorgaben teils lückenlos, teils mittels Stichproben geprüft wurde. Alle Vorgänge waren nachvollziehbar und sämtliche Auskünfte wurden erschöpfend erteilt. In einem Gespräch mit Gemeindepräsident, Vizepräsident und Finanzverwalterin wurden die Prüfungsergebnisse besprochen und Optimierungsvorschläge erörtert. Die RPK hat einen sehr guten Eindruck von der Rechnungsführung erhalten.

- //. 3. Die Gemeindeversammlung genehmigt die Rechnung 2007 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

GP Eichenberger dankt FV G. Oser für die grosse geleistete Arbeit und der RPK für die sehr angenehme Zusammenarbeit.

5. Sozialregion Dorneck:

Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags mit den Gemeinden des Dorneck (im Anhang)

Genehmigung der Teiländerung Gemeindeordnung

Das neue Sozialgesetz des Kantons Solothurn verlangt die Bildung von Sozialregionen mit mindestens 12'000 EinwohnerInnen sowie einem Stellenetat von mindestens 2,5 Stellen. Zudem wird per 01.01.2009 ein Lastenausgleich bei der Sozial**administration** eingeführt. Alle Einwohnergemeinden müssen den gesetzlich vorgeschriebenen Anteil in diesen Lastenausgleich einzahlen, profitieren können aber nur diejenigen Regionen, welche die Vorgaben des Sozialgesetzes erfüllen.

Ein klärendes Gespräch mit dem Amtsstellenleiter, Herrn M. Châtelain, und Herrn Regierungsrat Peter Gomm betreffs Fortführung unserer Sozialberatungsstelle SoSoL zeigte auf, dass trotz anerkannter effizienter professioneller Arbeit und Organisation das Einzugsgebiet den minimalen Anforderungen der Gesetzesvorlage nicht genügt, selbst wenn die Gemeinde Metzerlen-Mariastein dem Verbund beitreten würde.

Bei einer eigenständigen Fortführung der Stelle müssten die verantwortlichen Gemeinden vollumfänglich für die Administrationskosten aufkommen und zusätzlich in den Lastenausgleich für die Sozialadministration einzahlen, könnten aber daraus keinen Nutzen ziehen. Der Gemeinderat strebt daher die Integration des „SoSoL“ in die grosse Sozialregion Dorneck an.

Die von den Gemeindepräsidien des Bezirks Dorneck eingesetzte Arbeitsgruppe hat einen Zusammenarbeitsvertrag und einen Vorschlag für die Ausgestaltung einer Sozialregion ausgearbeitet. Bei der neuen Organisation übernimmt Dornach die Funktion der Leitgemeinde, wie dies Hofstetten-Flüh bis anhin bei der Sozialberatungsstelle „SoSoL“ übernommen hat. Zudem werden drei Subkommissionen die professionellen Mitarbeitenden unterstützen, wie dies unsere Sozialkommission mit je einer Vertretung der angeschlossenen Gemeinden bisher auch tat. Diese drei Subkommissionen bilden gemeinsam das Leitungsorgan der neuen Organisation. Es ist den Mitwirkenden bewusst, dass dies ein überaus grosses Leitgremium ist.

Die aktuelle Arbeit in den drei Regionen kann dank dieses Subkommissionsmodells mit Vertretern der Gemeinden, die finanziell direkt betroffen sind, weitergeführt werden und zugleich kann durch die Zusammenarbeit im Gesamtgremium eine einheitliche strategische Vorgehensweise entwickelt werden. Für die Abwicklung des operativen Geschäfts ist voll und ganz die Leitgemeinde verantwortlich. Das Personal untersteht der DGO der Leitgemeinde. Auch die betriebsnotwendige Infrastruktur wird durch die Leitgemeinde zur Verfügung gestellt.

Kosten:

Bei den Kosten muss unterschieden werden zwischen den „Fallkosten“ und den administrativen Kosten.

Die Fallkosten werden wie bis anhin von allen solothurnischen Gemeinden aufgrund ihrer Einwohnerzahlen getragen.

Neu sieht das Sozialgesetz auch für die administrativen Kosten einen Lastenausgleich unter den Gemeinden vor. Für jeden Fall wird an die Sozialregion eine Pauschale ausgerichtet, der Betrag wird von der Regierung festgelegt. Für die Finanzierung dieser Fallpauschalen entrichtet jede Gemeinde einen bestimmten Beitrag pro Einwohner. Der Kanton vollzieht den Lastenausgleich.

Die Fallpauschale deckt jedoch nicht die gesamten administrativen Kosten, in jeder Region bleibt ein Anteil administrativer Restkosten. Diese sollen nach § 13 des vorliegenden Vertragsentwurfs entsprechend den Fallzahlen der Gemeinden verrechnet werden.

Die Räte aller involvierten Gemeinden haben dem vorliegenden Zusammenarbeitsvertrag zugestimmt. Daraufhin wird nun die Zustimmung der Einwohnergemeindeversammlungen eingeholt.

Bei Annahme des Vertrages ist die Gemeindeordnung anzupassen.

Anträge

1. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, dem Zusammenarbeitsvertrag Sozialregion Dorneck mit Gültigkeit ab 01.01.2009 zuzustimmen
2. Der Gemeinderat beantragt Ihnen, der Teiländerung der Gemeindeordnung wie folgt zuzustimmen:
 § 38 Abs. 2: "Sozialkreis solothurnisches Leimental" durch "Sozialregion Dorneck" ersetzen
 § 58 c) 4.: "Sozialkreis solothurnisches Leimental" durch "Sozialregion Dorneck" ersetzen

//. Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

GP Eichenberger erklärt, dass der neue Sozialkreis ähnlich funktionieren werde wie man es sich vom SOSOL gewohnt sei.

Herr Peter Steiger erkundigt sich, ob auch die gewohnte Fachkompetenz des SOSOL erhalten bleibe.

GR Meier bestätigt dies und bemerkt, dass die Fachkompetenz durch die Vergrösserung noch verbessert wird, da z.B. mit einem Stellenpool Personalausfälle und damit Verzögerungen usw. ver-

mieden werden können.

Herr Heinz Frömelt erkundigt sich nach den Auswirkungen auf die finanzielle Belastung für Rodersdorf.

GR Meier teilt mit, dass genaue Zahlen leider noch nicht bekannt seien. Eigentlich sollten keine höheren Kosten für Rodersdorf entstehen, es gebe dafür jedoch noch keine Gewissheit. Sollte sich Rodersdorf jedoch nicht anschliessen, ist mit weit höheren Kosten zu rechnen, da keine Gelder aus dem Lastenausgleich mehr fliessen würden.

GP Eichenberger ergänzt, dass man noch nicht auf Erfahrungszahlen zurück greifen könne. Zudem können ohne Vertrag keine plausiblen Berechnungen vorgenommen werden. Es ist zu erwarten, dass die Kosten etwas ansteigen werden. Die im ganzen Sozialkreis angestrebte Professionalisierung ist im SOSOL bereits Tatsache, weshalb keine grosse Kostensteigerung zu erwarten ist. Die Ansätze für die Fallkosten werden vom Kanton festgelegt. Es ist abzusehen, dass der Ansatz so festgelegt wird, dass Mittel von den kleinen Gemeinden zugunsten der grossen Gemeinden und Städte umgelagert werden.

Herr Eduard Spielmann hält fest, dass die Gemeinden des hinteren Leimentals eine gut funktionierende Institution geschaffen haben. Es ist nicht fair vom Kanton, das Modell nun nach grosser Vorarbeit zu übernehmen und die SOSOL-Gemeinden zu zwingen, sich einer Sozialregion anzuschliessen. Diese Einschätzung soll dem Kanton gegenüber klar ausgedrückt werden.

GP Eichenberger teilt mit, dass die Ammännerkonferenz diese Ansicht teilt und dies beim Kanton kundgetan habe. Es gibt jedoch auch gute Gründe für eine Vergrösserung der Sozialkreise.

Herr Erwin Meier erkundigt sich, wer im Gemeinderat für den Sozialkreis verantwortlich ist. Er regt an, dass der Gemeinderat aktiv Einfluss nehmen solle und z.B. Quartalsberichte zur Überwachung der Ausgaben verlangen sollte.

GP Eichenberger erklärt, dass GR Meier für das Ressort Soziales verantwortlich ist. FV Oser und GP Eichenberger sind ebenfalls laufend informiert. Er weist darauf hin, dass die Beiträge inskünftig nicht mehr nach der Einwohnerzahl sondern nach der Anzahl der Fälle geleistet werden. Zudem werden die Gemeinden ebenso wie die Ammännerkonferenz darauf achten, wie sich die Kosten im Personalbereich entwickeln. Die Regelungsdichte schränkt den Ermessensspielraum bei den einzelnen Fällen stark ein und eine rasche Entlassung der Fälle aus der Sozialhilfe ist zudem erklärtes Ziel.

GP Eichenberger bemerkt, dass die Kosten für die gesetzliche Sozialhilfe im Jahr 2007 abgenommen haben.

Beschlüsse

- //. 1. Die Gemeindeversammlung stimmt dem Zusammenarbeitsvertrag Sozialregion Dorneck mit Gültigkeit ab 1.1.2009 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme zu.
- //. 2. Die Gemeindeversammlung stimmt der Teiländerung der Gemeindeordnung § 38 Abs. 2: Ersatz "Sozialkreis solothurnisches Leimental" durch "Sozialregion Dorneck" § 58 c) 4.: Ersatz "Sozialkreis solothurnisches Leimental" durch "Sozialregion Dorneck" mit grossem Mehr ohne Gegenstimme zu.

6. Genehmigung der Teiländerung der Gemeindeordnung:

VII Zusammenarbeit der Gemeinden

In den letzten Jahren ist Rodersdorf verschiedenen Zweckverbänden und Organisationen beigetreten. Unter § 58 Gemeindeordnung ist die Zusammenarbeit der Gemeinde aufgelistet. Die Aufzählung ist unvollständig und muss deshalb aktualisiert werden:

- einfügen unter a):
Zweckverband Gemeinschaftsschiessanlage Schürfeld

Interkantonaler Zweckverband "Zentrum Passwang"

- einfügen unter c):
 ZS Organisation Leimental
 Spitex-Verein solothurnisches Leimental
- Namensänderung unter a):
 Zweckverband Kreisschule Leimental in Zweckverband Oberstufenzentrum Leimental

Antrag

Der Gemeinderat stellt den Antrag, diese Ergänzungen bzw. Änderungen der Gemeindeordnung vorzunehmen.

Keine Wortmeldungen zum Geschäft.

- //. Die Gemeindeversammlung genehmigt die beantragten Ergänzungen bzw. Änderungen der Gemeindeordnung mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

Herr Willy Schaad bemängelt, dass bei der Gemeinschaftsschiessanlage keine Rodersdorfer Fahne aufgehängt sei.

7. Bericht über den Stand des dringlich und erheblich erklärten Postulats vom 21.6.2007

An der EGV vom 21. Juni 2007 wurde das Postulat Suter mit folgendem Wortlaut als dringlich und erheblich erklärt:

"Der Gemeinderat wird beauftragt, mit den kantonalen Behörden Kontakt aufzunehmen, mit dem Ziel, den geplanten Fussweg nach Biederthal mit einer Baumreihe (z.B. Feldahorn, Mehlbeere) zu bepflanzen."

Im Rahmen des Ausbaus der Kantonsstrasse bis zur Grenze zu Biederthal hat der Gemeinderat mit den kantonalen Instanzen über die Anlegung einer Allee verhandelt. Der Kanton wird selbst keine Baumreihe pflanzen, erlaubt der Gemeinde jedoch eine Pflanzung. Dabei ist allerdings ein Abstand von 6 m einzuhalten. Die Stiftung Landschaftsfonds Schweiz würde an die Pflanzung einen Beitrag leisten. Der Gemeinderat hat auch mit den Grundeigentümern ein Gespräch geführt. Dabei sind zwei Grundeigentümer bereit, eine Baumreihe zu dulden, einer ist noch skeptisch. Wir haben deshalb vereinbart, dass wir die Realisierung im Rahmen des laufenden Projektes zur Ökoqualitätsverordnung vertiefter prüfen wollen.

Herr Eduard Spielmann stellt fest, dass die Strasse nun gebaut und verbreitert sei. Er erkundigt sich, wo nun der Fussweg erstellt werde. Es ist nicht ersichtlich, wo der Fussweg verläuft, da kein Niveauunterschied und keine Abgrenzung feststellbar ist. Angesichts der Kosten ist das Erstellte eine Katastrophe.

GR Hasler erklärt, dass der Gemeinderat Verhandlungen über das Projekt mit dem Kanton geführt habe. Der Fussweg wird von Biederthal abgenommen und wechselt ohne Fussgängerstreifen auf die andere Strassenseite. Der Kanton bewilligt keinen Fussgängerstreifen, wegen des zu geringen Verkehrsaufkommens über den Tag gesehen (analog Leimenstrasse). Die Velofahrer werden vom Weg mittels Markierungen auf die Fahrbahn geführt.

Herr Spielmann meint, dass Aufwand und Resultat der französischen und der solothurnischen Behörden verglichen und einem Kantonsrat gemeldet werden sollten. Er erachtet den Aufwand des Kantons als hinausgeworfenes Geld.

GR Hasler bemerkt, dass der Kanton gut daran getan habe, zuzuwarten. Das von Frankreich vorgestellte Projekt wurde beim Bau in keiner Weise eingehalten. Auf dem Fuss- und Veloweg können auf französischer Seite Fussgänger und Velofahrer nicht kreuzen.

Herr Willy Schaad erkundigt sich, ob anstelle von Feldahorn und Mehlbeere auch Obstbäume gepflanzt werden können. Er will zudem wissen, wer für den Unterhalt der Bäume zuständig sein wird.

GP Eichenberger bestätigt, dass auch Obstbäume gepflanzt werden können, sofern der Eigentümer dies möchte. Der Unterhalt erfolgt über einen Beitrag im Rahmen des Vernetzungsprojektes zur Ökoqualitätsverordnung. Evtl. muss ein Beitrag ausgehandelt werden.

8. Verschiedenes

GP Eichenberger teilt mit, dass nach intensiven Verhandlungen ein Vertrag mit dem Architekten des Projekts Turnhalle Grossbühl unterzeichnet werden konnte. Es ist geplant, am 28.10.2008 eine Gemeindeversammlung zum Projekt Turnhalle durchzuführen, wo umfassend über das Projekt informiert wird und voraussichtlich einzelne Kreditanträge zum Budget zur Genehmigung vorgelegt werden. Im Januar oder Februar 2009 wird an einer Gemeindeversammlung dann der definitive Kreditantrag zum Projekt zur Abstimmung gebracht.

Herr Hans-Peter Gäng hat u.a. aufgrund eines Artikel in der Basler Zeitung festgestellt, dass vom Gemeinderat zum Projekt Turnhalle und dem damit verbundenen Landverkauf keine Information an die Dorfbevölkerung erfolgt ist.

Herr Gäng stellt deshalb den **Antrag**, dass der Gemeinderat die Bevölkerung regelmässig - monatlich - über hängige Geschäfte orientiert.

Dieser Antrag stellt kein Misstrauensvotum gegen den Gemeinderat dar. Vielmehr soll verhindert werden, dass zu hängigen Geschäften Gerüchte entstehen. Natürlich werden die Protokolle ausgehängt, sind aber nicht immer ganz aktuell.

Der Gemeinderat leistet gute Arbeit und sollte auch darüber reden. Es besteht ein enormes Informationsmanko. Es wäre durchaus zumutbar, monatlich mittels Flugblatt zu informieren.

VP Staub hält fest, dass die Protokolle nach Genehmigung umgehend im Internet in vollen Wortlaut eingesehen werden können. Was nicht im Protokoll ist, ist entweder noch in Arbeit oder nicht öffentlich und dann macht es keinen Sinn, öffentlich darüber zu informieren.

GP Eichenberger ergänzt, dass betr. Projekt Turnhalle seit der Genehmigung des Budgets im Januar noch verschiedene Abklärungen vorgenommen werden mussten, bevor die Vertragsverhandlungen mit dem Architekten in Angriff genommen werden konnten.

Herr Willy Schaad ist der Meinung, dass in den Rodersdorfer Nachrichten regelmässig informiert werden sollte um Gerüchten vorzubeugen. Niemand kann dazu verpflichtet werden, einen Internet-Anschluss zu betreiben.

GP Eichenberger weist darauf hin, dass die Protokolle auch auf der Verwaltung eingesehen werden können.

Herr Spielmann schlägt vor, die Berichte des Gemeindepräsidenten von Metzerlen-Mariastein als Vorbild zu nehmen.

VP Staub bemerkt, dass auch viele Einwohnerinnen und Einwohner die Rodersdorfer Nachrichten nicht lesen.

Herr Erwin Meier schlägt vor, eine Rubrik zum Projekt Turnhalle auf der Homepage einzurichten.

Herr Gäng erachtet die fehlenden Berichte aus dem Gemeinderat in den Rodersdorfer Nachrichten als gravierenden Mangel. Offene Information ist wichtig. Herr Gäng bekräftigt seinen Antrag und formuliert ihn als **dringliches Postulat** wie folgt: *"Der Gemeinderat soll regelmässig - monatlich - aus seinen Geschäftsbereichen die Einwohner schriftlich informieren."*

GP Eichenberger nimmt den Vorwurf der ungenügenden Information entgegen. Er erachtet jedoch monatliche Info-Flugblätter als zu aufwendig.

Herr Spielmann bemerkt, dass alle zwei Monate die Informationen in den Rodersdorfer Nachrichten erscheinen würden.

GP Eichenberger teilt mit, dass über die Dringlichkeit des Postulates abgestimmt werden muss.

//. Die Gemeindeversammlung erklärt das Postulat Gäng mit 13 gegen 5 Stimmen als nicht dringlich.

GP Eichenberger teilt mit, dass das Postulat an der nächsten Gemeindeversammlung traktandiert werde.

GR Schaad teilt mit, dass das Vernetzungsprojekt im Rahmen der Ökoqualitätsverordnung mit der Mehrheit der Landwirte gestartet wurde. Das Projekt wird vom Gemeinderat unterstützt. Die Bildung der Trägerschaft ist im Gang. Von Bund und Kanton werden Subventionen geleistet. Wie den Zeitungsberichten entnommen werden konnte, wird auf dem Areal der KELSAG eine Biogasanlage erstellt.

Herr Heinz Rüeegger weist auf die Wärme im Gemeindesaal und erkundigt sich, ob eine Verbesserung möglich wäre.

GR Hasler erklärt, dass ab Umluftstufe 2 der Ventilator hörbar ist. Dies liegt an einer Unwucht und sollte behoben werden können. Mit dem Lieferanten wurden bereits Gespräche geführt. Es muss offenbar nochmals nachgehakt werden. GR Hasler hält fest, dass eine Umluftanlage installiert wurde und nicht eine Klimaanlage. Die Umluftanlage funktioniert ausser dem Ventilatorengeräusch einwandfrei.

Herr Willy Schaad ist äusserst unzufrieden mit der Arbeitsausführung. Der Gemeinderat solle dies umgehend in Ordnung bringen lassen.

GR Hasler ist gerne bereit, den Architekten und den Unternehmer an die nächste Gemeindeversammlung einzuladen.

GP Eichenberger teilt mit, dass der Gemeinderat die Planung der Verbindungsstrasse Aegerten / Zwären in Auftrag gegeben habe. Eine Anwohnerversammlung wird zu gegebener Zeit durchgeführt.

2010 feiert die BLT-Strecke nach Rodersdorf das 100-jährige Jubiläum. Mit der BLT wurden deswegen bereits Gespräche aufgenommen mit dem Ziel, nebst der Planung des Festanlasses auch den Bahnhofplatz instandstellen zu lassen.

GR Brandt teilt mit, dass die Sanierungsarbeiten am Brunnen an der Leimenstrasse rechtzeitig zur Badesaison abgeschlossen sein werden.

Im Zusammenhang mit den jährlichen Kanalsanierungen wurden Druckprüfungen durchgeführt. Mit der Erstellung der Wasserleitung Mühlestrasse wird voraussichtlich Im September begonnen werden können.

Betr. BLT-Fahrplan wurden die Anliegen der Gemeinde mit Vertretern von Kanton und BLT diskutiert. Bisher wurden noch keine Fahrplanentscheide gefällt.

Das Nachtbusangebot wird von Rodersdorfer Einwohnerinnen und Einwohnern rege benutzt. 2009 soll das Angebot angepasst bzw. erweitert und verbessert werden.

Schluss der Versammlung:

22.15 Uhr

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiber